

Im abgelaufenen Jahre hat die Polizei-Direction 800 Legitationskarten für Platzdiener ausgestellt; ausserdem wurden 1.134 solcher Karten über Ansuchen der betreffenden Institutsinhaber oder Platzdiener von einem Standplatze auf einen anderen umgeschrieben.

Wegen Nichtbeachtung der besonderen polizeilichen Vorschriften für Platzdiener wurden 4 derselben zur Verantwortung gezogen.

VIII. ABSCHNITT.

Gewerbepolizei.

In Gewerbeangelegenheiten ist der Wirkungskreis der Polizei-Direction lediglich

1. auf die Information der competenten Gewerbsbehörde bei Anmeldungen von Gewerben oder Concessionsgesuchen,
2. auf die Ueberwachung des Betriebes der Gewerbe im Vereine mit der competenten Gewerbsbehörde beschränkt.

Im Sinne des Absatzes V, lit. o des kais. Patentges vom 20. December 1859 (R.-G.-Bl. Nr. 227) sind Unternehmungen öffentlicher Belustigungen und Schaustellungen aller Art nicht nach der Gewerbeordnung zu behandeln. Hinsichtlich der Bewilligungen zur Ausübung solcher Unternehmungen ist im Wiener Polizeirayon die Polizei-Direction competent.

I. Informativische Agenden.

Nach § 5 der Gewerbeordnung (Gesetz vom 15. März 1883, R.-G.-Bl. Nr. 39) können Personen, welche wegen eines Verbrechens überhaupt, wegen eines aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit begangenen Vergehens oder wegen einer solchen Uebertretung oder wegen des im § 486 Strafgesetz bezeichneten Vergehens, desgleichen wegen Schleichhandels oder wegen schwerer Gefälligkeitsübertretung verurtheilt wurden, vom Antritte eines Gewerbes dann ausgeschlossen werden, wenn nach der Eigenthümlichkeit des letzteren im Zusammenhange mit der Persönlichkeit des Unternehmers und der von ihm begangenen strafbaren Handlung Missbrauch zu besorgen wäre.

Nach § 18 der Gewerbeordnung werden zur Erlangung der Concession für ein Gast- und Schankgewerbe nebst den allgemeinen Bedingungen zum selbstständigen Gewerbsbetriebe Verlässlichkeit und Unbescholtenheit des Bewerbers gefordert.

Die Concession ist jedenfalls zu verweigern, wenn gegen den Bewerber oder gegen die im Familienverbande des Bewerbers lebenden Familienmitglieder Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, dass das Gewerbe zur Förderung des verbotenen Spieles, der Hehlerei, der Unsittlichkeit oder Trunksucht missbraucht werden würde.

In demselben Paragraphen wird die Gewerbsbehörde verpflichtet, vor Ertheilung der Concession für ein Gast- und Schankgewerbe die Gemeinde des Standortes des Unternehmens und, wo landesfürstliche Polizeibehörden bestehen, auch diese zu hören.

Nach § 20 der Gewerbeordnung hat die Gewerbsbehörde auch vor Ertheilung der Bewilligung zur Uebertragung der nachbenannten Gast- und Schankgewerbe, und zwar den Ausschank von Bier, Wein und Obstwein, den Ausschank und Kleinverschleiss von gebrannten geistigen Getränken, den Ausschank von Kunst- und Halbweinen, sowie von Kaffeeschänken in ein anderes Locale in derselben Ortschaft die Gemeinde des Standortes des Unternehmens und wo eine landesfürstliche Polizeibehörde besteht, auch diese zu hören.

Nach § 23 der Gewerbeordnung ist die Verleihung der concessionirten Gewerbe überhaupt davon abhängig, dass vom Standpunkte der Sicherheits-, Sittlichkeits-, Gesundheits-, Feuer- oder Verkehrspolizei gegen den beabsichtigten Gewerbsbetrieb kein Anstand obwaltet.

Bei mehreren der concessionirten Gewerbe ist überdies auf die Localverhältnisse Bedacht zu nehmen.

Diese Bestimmungen der Gewerbeordnung sind für die Thätigkeit der Polizei-Direction in Bezug auf die Information der Gewerbsbehörden massgebend.

II. Agenden des Ueberwachungsdienstes.

Nach § 57 der Gewerbeordnung kann der Fortbetrieb des Gewerbes untersagt und der Gewerbschein, beziehungsweise die Concession von der Gewerbsbehörde zurückgenommen werden,

wenn bei einem Gewerbetreibenden der ursprüngliche oder noch fortdauernde Mangel eines der gesetzlichen Erfordernisse zum selbstständigen Gewerbebetriebe nachträglich zum Vorscheine kommt. Insoweit die Polizei-Direction demnach in der Lage ist, diesfalls Wahrnehmungen zu machen, hat sie dieselben der Gewerbsbehörde mitzuthemen.

Die Polizeibehörde hat ferner im Allgemeinen die Aufgabe, darüber zu wachen, dass im Geschäftsbetriebe sich nicht Anstände ergeben, welche die Sicherheit der Person und des Eigenthums und die Gesundheit der Arbeiter selbst und der Umgebung gefährden oder gegen die Sittlichkeit verstossen, Feuergefahr verursachen oder den Verkehr stören (§ 23 der G.-O.). Buch-, Kupfer-, Stahl-, Holz-, Steindruckereien, Buch-, Kunst- und Musikalienhandlungen dürfen wegen der polizeilichen Ueberwachung in der Regel nur an Orten errichtet werden, wo eine politische Bezirks- oder landesfürstliche Polizeibehörde ihren Sitz hat (§ 21 der G.-O. und §§ 3 und 23 des Pressgesetzes).

Eine besondere polizeiliche Ueberwachung hat bei jenen Gewerben platzzugreifen, welche sich mit Personentransport beschäftigen (Tramway, Stellwagen, Fiaker, Einspänner). Die Ueberwachung erstreckt sich hier je nach der Kategorie der Transportmittel auf die ordnungsmässige Instandhaltung derselben, auf die Prüfung der Lizenz der Kutscher, auf die Einhaltung der Fahrpläne und Fahrtaxen u. s. w.

Es sind diesfalls die Fiaker- und Einspänner-Ordnung vom 16. December 1873 (L.-G.-Bl. Nr. 57), die Stellwagen-(Omnibus-) Ordnung vom 16. December 1880 (L.-G.-Bl. Nr. 43), endlich das provisorische Betriebsreglement für den Pferdebetrieb der Tramway (Statthaltereierlass vom 13. September 1885, Z. 40.633) massgebend.

Ebenso stehen die Dienstmanns-Institute unter besonderer Controle, sowohl in der Richtung, dass nur unbescholtene Leute in selbe aufgenommen werden, als auch, dass die Taxen nicht überschritten und das Publicum nicht übervorthelt werde.

Die Polizeibehörde ist berechtigt, die Trödlergewerbe zeitweilig zu revidiren (Ministerialverordnung vom 2. Mai 1884, R.-G.-Bl. Nr. 69, § 3).

Die Berechtigung der Polizeibehörde, die Pfandleihgewerbe zu controliren, ergibt sich aus der Bestimmung des § 17 der Ministerialverordnung vom 24. April 1885 (R.-G.-Bl. Nr. 49).

Das Waffenpatent vom 24. October 1852 (R.-G.-Bl. Nr. 223), dann die Ministerialverordnungen vom 29. Januar 1853 (R.-G.-Bl. Nr. 16) und vom 11. Februar 1860 (R.-G.-Bl. Nr. 39) ordnen an, dass die Waffen- und Munitionshändler besonders zu überwachen sind und gilt ein Gleiches auch bezüglich der Sprengmittel auf Grund der Ministerialverordnungen vom 2. Juli 1877 (R.-G.-Bl. Nr. 68) und vom 22. September 1883 (R.-G.-Bl. Nr. 156) die Erzeugung und den Verkehr mit Sprengmitteln betreffend.

Ein besonders wichtiger Zweig der polizeilichen Amtirung ist die Wahrnehmung von Unglücksfällen im Gewerbebetriebe. Abgesehen von der gerichtlichen Amtshandlung, wenn ein Arbeiter durch fremdes Verschulden verunglückt, ist in allen solchen Fällen, welche zur Kenntniss der Polizeibehörde gelangen, die Anzeige an den k. k. Gewerbeinspector zu leiten. Im Jahre 1885 kamen im Wiener Polizeirayon 1.237 Fälle von Verunglückung von Arbeitern zur Kenntniss des Gewerbeinspectors, davon 396 im Wege der Polizeibehörde. Von diesen 1.237 Unfällen entfallen fast zwei Drittel auf die Maschinenindustrie.

In den weitaus meisten Fällen traf der Unfall den Verunglückten durch Zufall oder durch eigenes Verschulden.

Letal verliefen 13 Fälle, die Arbeitsunfähigkeit dauerte

in 480 Fällen bis zu 7 Tagen,

„ 329 „ zwischen 8 bis 20 Tagen,

„ 415 „ mehr als 20 Tage.

Auch die Ueberwachung der Aufrechthaltung der Sonntagsruhe ergab zahlreiche Amtshandlungen, resp. Anzeigen an die competenten Gewerbsbehörden (Magistrat und Bezirkshauptmannschaften). Es wurden Anzeigen erstattet:

1. Dem Magistrate

von Seite des Commissariates Innere Stadt in 128 Fällen

„	Leopoldstadt	„	18	„
„	Landstrasse	„	71	„
„	Wieden	„	18	„
„	Margarethen	„	21	„
„	Mariahilf	„	128	„
„	Neubau	„	30	„
„	Josefstadt	„	42	„
„	Rossau	„	66	„
„	Favoriten	„	62	„
„	Prater	„	326	„ (meist gegen Mühlenbesitzer)
				910 Fälle.

Bis zum Jahresschlusse wurden 310 Unternehmer um je 1 bis 100 fl. vom Magistrat bestraft.

Wegen Nichteinhaltung der Arbeitspausen wurden 24 Anzeigen an den Magistrat erstattet.

2. Den Bezirkshauptmannschaften, und zwar:

von Seite der Expositur Simmering	47 Fälle
des Commissariates Floridsdorf	14 „
„ „ Meidling	51 „
„ „ Sechshaus	32 „
der Expositur Penzing	41 „
des Commissariates Ottakring	56 „
„ „ Währing	147 „
„ „ Döbling	39 „
	<hr/>
	427 Fälle.

Im Allgemeinen ist noch zu erwähnen, dass die im Gewerbebetriebe vorgekommenen strafbaren Handlungen und Unterlassungen entweder solche sind, hinsichtlich welcher im Sinne des allgemeinen Strafgesetzes die Anzeigen an das Gericht geleitet werden mussten oder solche, zu deren Bestrafung die Gewerbsbehörde (Magistrat und Bezirkshauptmannschaften) competent war oder endlich solche, welche die Polizeibehörde zu ahnden hatte, wozu namentlich Ausschreitungen der Lohnfuhrwerks-Eigenthümer und Bediensteten gehören.

Die betreffenden strafbaren Handlungen aller drei Kategorien sind summarisch im Abschnitte IX und XVIII ausgewiesen.

III. Summarische Nachweisung der Agenden der Polizeibehörde in Gewerbesachen.¹⁾

Zahl der abgegebenen Gutachten über Gesuche um Verleihung der Concession:

Für Privat-Geschäftskanzleien	152
„ Dienstvermittlungs-Anstalten	105
„ Theateragentien	8
„ Commissions- und Incassogeschäfte	121
„ Privat-Lehranstalten	216
„ Rauchfangkehrergewerbe	2
Aeusserungen über Gesuche um Verleihung von diversen Gewerben	1.247

¹⁾ Die einschlägigen Daten für das Jahr 1876 liegen nicht vor.

Aeusserungen über Gesuche um Licenzen zum Hadernsammeln	35
Zahl der neu ausgefertigten Legitimationskarten für Platzdiener der Dienstmanns-Institute	800
Zahl der auf einen anderen Standplatz umgeschriebenen Legitimationskarten für Platzdiener der Dienstmanns-Institute	1.134
Zahl der Berichte der Commissariate an die Polizei-Direction in Gewerbesachen . . . (1876: 9.419)	11.796
Zahl der Anzeigen an den Magistrat über vorgekommene Gebrechen im Gewerbebetriebe	464

IX. ABSCHNITT.

Das Lohnfuhrwesen.¹⁾

Die Unternehmungen für den Personentransport gehören zu den concessionirten Gewerben.

Die Verleihung steht innerhalb des Wiener Stadtgebietes dem Magistrate, ausserhalb desselben den Bezirkshauptmannschaften zu.

Bei der Concessionirung solcher Unternehmungen, soweit sie den Polizeirayon berühren, haben die Verleihungsbehörden das Einvernehmen mit der Polizei-Direction zu pflegen.

Concessionen für Unternehmungen, welche sich über das Wiener Stadtgebiet und die Vororte erstrecken, ertheilt die k. k. Statthalterei.

Die Regelung und Ueberwachung des Betriebes, sowie die Handhabung der Disciplinargewalt obliegt im Polizeirayon der Polizei-Direction.

Die diesfälligen Agenden werden vom Lohnwagenamte der Polizei-Direction, welches der I. Section derselben angehört, und von den k. k. Polizei-Bezirkscommissariaten besorgt.

I. Fiaker und Einspänner.

Bezüglich derselben ist im Jahre 1885 eine bemerkenswerthe Neuerung nicht getroffen worden.

¹⁾ Ueber den Verkehr des Lohnfuhrwerkes bei den Bahnhöfen s. S. 63.
Polizei-Verwaltung Wiens 1885.